

Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Grundstücke und Immobilien Birkenfeld“

Auf Grund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und § 3 Absatz 2 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Birkenfeld am **28.02.2023** folgende neue Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Grundstücke und Immobilien Birkenfeld“ beschlossen. Sie tritt anstelle der für den Eigenbetrieb Altenpflegeheim Birkenfeld bisher geltenden Satzung:

§ 1 Gegenstand und Name des Eigenbetriebs

- (1) Der Eigenbetrieb Altenpflegeheim Birkenfeld wird künftig unter der Bezeichnung „Grundstücke und Immobilien Birkenfeld“ als Eigenbetrieb geführt.
- (2) Der Zweck des Eigenbetriebes "Grundstücke und Immobilien Birkenfeld" ist, im Rahmen der kommunalen Aufgabenstellung
 - a) zu einer angemessenen Wohnungsversorgung der Bevölkerung beizutragen;
 - b) die Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von im Eigentum oder im Besitz der Gemeinde Birkenfeld befindlichen bebauten Grundstücken samt kommunaler Wohn- und Geschäftsgebäude (einschließlich Nebenanlagen) sowie unbebauter Grundstücke. Dem Eigenbetrieb kann durch Beschluss des Gemeinderates die Verwaltung und Bewirtschaftung von sonstigen städtischen Grundstücken übertragen werden, soweit dies notwendig und zweckmäßig ist.
 - c) Er führt die Altenhilfeeinrichtung auf dem ehemaligen Sportplatz „Sonne“ und das Altenwohnheim Gründlestraße 15. Das Altenpflegeheim „Sonne“ dient der Versorgung pflegebedürftiger Menschen, das Altenwohnheim „Gründle“ dient der Unterbringung älterer Einwohner.
- (3) Der Eigenbetrieb betreibt alle diese Betriebszwecke nach Abs. (2) fördernden oder sie wirtschaftlich berührenden Geschäfte.
- (4) Der Eigenbetrieb ist nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu führen.

§ 2 Gemeinderat

Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung und das Eigenbetriebsgesetz vorbehalten sind.

Ihm obliegt damit insbesondere die Entscheidung über

1. die Bestellung der Mitglieder des Werksausschusses,
2. die Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans,
3. die wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung des Betriebsgegenstands des Eigenbetriebs, den Beitritt zu Zweckverbänden und Austritt aus diesen sowie über die Übernahme von weiteren Aufgaben,
4. die Umwandlung der Rechtsform des Eigenbetriebs,
5. die allgemeine Festsetzung von Abgaben sowie den Erlass und die Änderung von Abgabensatzungen,
6. die Einbringung gemeindlicher Grundstücke in das Sondervermögen des Eigenbetriebs,
7. der Erwerb, die Veräußerung, den Tausch und die dingliche Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn der Wert im Einzelfall ein Betrag von 90.000 € übersteigt, soweit sie nicht Gegenstand eines beschlossenen Wirtschaftsplanes sind,
8. die Bestellung von Sicherheiten, die Übernahme von Bürgschaften und von Verpflichtungen aus Gewährverträgen und den Abschluss der ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäfte, soweit sie nicht Gegenstand eines beschlossenen Wirtschaftsplanes sind,
9. Gewährung von Darlehen des Eigenbetriebs an die Gemeinde sowie der Abschluss kreditähnlicher Rechtsgeschäfte mit der Gemeinde auch wenn diese bereits Gegenstand eines beschlossenen Wirtschaftsplanes sind,

10. den Verzicht auf Ansprüche der Eigenbetriebe einschließlich des Abschlusses von Vergleichen, wenn der Anspruch im Einzelfall ein Betrag von 90.000 € übersteigt, soweit diese nicht Gegenstand eines beschlossenen Wirtschaftsplanes sind,
11. die Entlastung der Werkleitung,
12. die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages,
13. die Bestimmung eines Abschlussprüfers.

§ 3 Werksausschuss

- (1) Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebs wird ein beschließender Werksausschuss gebildet. Er führt die Bezeichnung „Bauausschuss“. Der Werksausschuss besteht aus dem Vorsitzenden und sieben weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.
- (2) Der Werksausschuss berät alle Angelegenheiten des Eigenbetriebs vor, die der Entscheidung des Gemeinderats vorbehalten sind.
- (3) Der Werksausschuss entscheidet, soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist, und soweit die Angelegenheit nicht Gegenstand eines beschlossenen Wirtschaftsplanes ist, insbesondere über
 1. den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn die Gegenleistung für den Erwerb im Einzelfall 30.000 Euro übersteigt;
 2. die Ausführung eines Bauvorhabens (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung (Vergabeabschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von mehr als 30.000 Euro unabhängig davon, ob es sich um eine Maßnahme des Liquiditätsplans oder des Erfolgsplans handelt,
 3. den Erwerb und die Veräußerung anderer Gegenstände des Sach- und Finanzvermögens, wenn die Gegenleistung für den Erwerb im Einzelfall 30.000 Euro übersteigt,
 4. die dingliche Belastung von eigenen Grundstücken und eigenen grundstücksgleichen Rechten, wenn die Belastung im Einzelfall 1.500 Euro übersteigt;
 5. Verträge über die Nutzung von eigenen Grundstücken oder eigenen beweglichen Vermögensgegenständen mit Dritten,
 6. den Abschluss, die Änderung und Aufhebung von Wasserbezugsverträgen,
 7. die Festsetzung der allgemeinen Liefer- und Benutzungsbedingungen einschließlich der dazugehörigen Preisregelungen (Entgelte, Baukostenzuschüsse, Hausanschlusskostensätze usw.) soweit diese nicht durch Satzungen festgelegt werden,
 8. (unbesetzt),
 9. die Führung von Rechtsstreitigkeiten als Klägerin oder Antragstellerin mit einem Streitwert von mehr als 20.000 Euro,
 10. den Verzicht auf Ansprüche des Eigenbetriebs einschließlich des Abschlusses von Vergleichen, wenn der Anspruch im Einzelfall mehr als 20.000 Euro beträgt,
 11. die Gewährung von Gehaltsvorschüssen und Darlehen an den Werkleiter,
 12. die Zustimmung zu Mehraufwendungen des Erfolgsplans, wenn diese 15 v.H. aller im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen übersteigen und nicht unabweisbar sind,
 13. die Zustimmung zu Mehrauszahlungen bei den im Liquiditätsplan veranschlagten Investitionsauszahlungen, wenn diese für das einzelne Vorhaben 30.000 Euro übersteigen,
 14. die Beratung und Entscheidung in Angelegenheiten, die ihm auf Antrag des Werkleiters in seinem Zuständigkeitsbereich vorgelegt werden.

§ 4 Werkleitung

- (1) Zur Leitung des Eigenbetriebs wird ein Betriebsleiter bestellt. Der Betriebsleiter führt die Bezeichnung Werkleiter.
- (2) Dem Werkleiter obliegen insbesondere die laufende Betriebsführung und die Entscheidung in allen Angelegenheiten des Betriebs, soweit nicht der Gemeinderat oder der Werksausschuss zuständig ist. Dazu gehören die Aufnahme der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kredite, die Bewirtschaftung der im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen und Erträge sowie alle sonstigen Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung und Wirtschaftlichkeit des Betriebs notwendig sind, insbesondere der Einsatz des Personals, die Anordnung von Instandsetzungen, die Beschaffung von Vorräten im Rahmen einer wirtschaftlichen Lagerhaltung.
- (3) Der Werkleiter hat den Bürgermeister und den Werksausschuss mindestens halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Wirtschaftsplanes schriftlich zu unterrichten.
- (4) Der Werkleiter hat dem Fachbediensteten für das Finanzwesen der Gemeinde alle Maßnahmen mitzuteilen, welche die Finanzwirtschaft der Gemeinde berühren. Er hat ihm insbesondere den Entwurf des Wirtschaftsplans mit Finanzplanung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Zwischenberichte an den Bürgermeister (Abs. 3) zuzuleiten.
- (5) Die Werkleitung vertritt die Gemeinde im Rahmen ihrer Aufgaben.

§ 5 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen, Stammkapital

- (1) Die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Eigenbetriebs erfolgt nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes – EigBG – und der Eigenbetriebsverordnung-HGB – EigBVO-HGB - auf der Grundlage der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs.
- (2) Das Stammkapital des Eigenbetriebs wird auf 2.500.000 Euro festgesetzt.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Betriebssatzung tritt am **01.04.2023** in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Betriebssatzung vom 16.12.2014, soweit sie den Eigenbetrieb Altenpflegeheim Birkenfeld betrifft, außer Kraft.

Hinweis entsprechend § 4 Abs. 4 GemO Ausfertigungsvermerk

gez. Martin Steiner
Bürgermeister